

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizera per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach / Tel. 031/ 382 10 10 / Fax 031/ 382 10 16
www.sab.ch info@sab.ch Postkonto 50-6480-3



Delémont, 5. Juli 2018

Medienmitteilung Nr. 1151

Parolenfassung für die Volksabstimmung vom 23. September 2018

Die SAB sagt Ja zu den Velowegen und Nein zur Ernährungssouveränität

Der Vorstand der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB hat anlässlich seiner zweitägigen Sitzung in Delémont die Parolen gefasst für die eidgenössische Volksabstimmung vom 23. September 2018. Die SAB empfiehlt, den Bundesbeschluss über die Velowege anzunehmen, die Volksinitiative für Ernährungssouveränität jedoch abzulehnen. Für die Fair-Food-Initiative hat die SAB Stimmfreigabe beschlossen.

Am 23. September 2018 kommen drei eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung. Die SAB empfiehlt den Bundesbeschluss über Velowege zur Annahme und die Ernährungssouveränität zur Ablehnung. Bei der Fair-Food-Initiative hat die SAB Stimmfreigabe beschlossen.

Ja zum Bundesbeschluss über Velowege

Der Bundesbeschluss über Velowege stellt einen direkten Gegenvorschlag zur inzwischen zurückgezogenen Veloinitiative dar. Mit dem Bundesbeschluss werden die Velowege neu in der Bundesverfassung verankert. Sie erhalten damit den gleichen Stellenwert wie bereits heute die Fuss- und Wanderwege. Die SAB unterstützt diese Aufwertung der Velowege. Aus Sicht der SAB stellt das Velo auch in den Berggebieten und ländlichen Räumen ein wichtiges Verkehrsmittel zur Bewältigung des Schüler-, Pendler- und Freizeitverkehrs dar. Leider fehlen in etlichen Berggemeinden bis anhin baulich getrennte und damit sichere Velowege für den Alltagsverkehr. Hier besteht noch Nachholbedarf. Andererseits erfreut sich der Biketourismus einer grossen Beliebtheit. Er stellt gerade im Berggebiet einen zunehmend wichtigen Faktor für die Diversifizierung des touristischen Angebotes dar. Fast alle Berggebietskantone haben ebenso wie Schweiz Tourismus Kampagnen für den Biketourismus lanciert. Das Velowegnetz für den Freizeitsport wird laufend ausgebaut, wobei Konflikte zwischen Wanderern und Velofahrern durch geeignete raumplanerische Massnahmen (z.B. Trennung der Netze) entschärft werden können. Dieser Prozess ist in vielen Kantonen durch entsprechende Revisionen der Richtplanung angelaufen. Dank dem geänderten Verfassungsartikel erhält das Velo als Verkehrsträger eine höhere Beachtung und wird in Zukunft bei den Planungen besser berücksichtigt. Ein Eingriff in die kantonalen oder kommunalen Kompetenzen findet durch diesen neuen Verfassungsartikel nicht statt.

Nein zur Ernährungssouveränitätsinitiative

Die SAB lehnt die Ernährungssouveränitätsinitiative ab. Diese Initiative ist stark gewerkschaftlich geprägt und zielt auf die Anstellungsbedingungen der Landwirte ab. Die Initiative strebt zudem eine Marktabschottung der schweizerischen Landwirtschaft ab. Als Gegenpol zu den Liberalisierungsbestrebungen des Bundesrates ist diese Haltung zwar positiv zu würdigen, sie sollte aber in dieser extremen Form nicht in die Praxis umgesetzt werden. Entscheidender ist der Weg über Gesetzesanpassungen im Rahmen der Agrarpolitik 2022. Und hier hat der Nationalrat in der Sommersession 2018 mit der Rückweisung des bundesrätlichen Strategieberichtes ein unmissverständliches Signal ausgesendet. Zudem hat das Schweizer Stimmvolk bereits im September 2017 den neuen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit angenommen. Die Volksinitiative zur Ernährungssouveränität braucht es nicht noch zusätzlich. Sie schadet mehr als sie nutzt.

Stimmfreigabe bei der Fair-Food-Initiative

Die SAB hat zur Fair-Food-Initiative Stimmfreigabe beschlossen. Die Initiative der Grünen Partei enthält einerseits durchaus berechtigte Anliegen wie die Förderung regional und saisonal verarbeiteter Lebensmittel und den Kampf gegen Lebensmittelverschwendung. Andererseits führt die Initiative aber zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand, etwa was die Produktedeklaration betrifft. Die Initiative läuft damit den Bestrebungen zur administrativen Entlastung in der Landwirtschaft entgegen. Auf Grund der positiven und negativen Elemente der Initiative hat die SAB Stimmfreigabe beschlossen.

Für Rückfragen:

- Christine Bulliard-Marbach, Nationalrätin und Präsidentin der SAB Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Nationalrat und Direktor der SAB, Tel. 079 429 12 55